

Supermacht USA bei allen den Nahen Osten betreffenden Entscheidungen hat zu einer problematischen Doppelrolle geführt. Die USA werden nämlich von ihren arabischen und palästinensischen Verhandlungspartnern sowohl als Vermittler als auch als Partei wahrgenommen – letzteres besonders dann, wenn vermeintlich spezifische Interessen Israels auf dem Spiel stehen.

Hat in den USA, wie sie sich heute darstellen, ein Verebben des europäischen Antijudaismus und Antisemitismus stattgefunden? Die Antwort auf diese Frage moduliert sich entsprechend der Region und der Teilgesellschaft der USA, die gerade betrachtet wird. Ihren Motiven nach ist die antijüdische und antisemitische Vorurteilsstruktur Europas in ihrer ganzen Breite vorhanden. Nur ist sie in New York und in den großen Städten kaum noch relevant, während sie in konservativ geprägten Regionen des Südens, des Mittleren Westens und des Westens immer noch in den Blick fällt. Das kann auch gar nicht anders sein, da die USA als Produkt europäischer Einwanderung nach wie vor ein getreues Abbild aller Spielarten des europäischen Grundmusters ist.

Und dennoch sind wichtige Unterschiede wahrzunehmen. Die Funktion des „underdog“, die in traditionellen europäischen Gesellschaften oft die Juden ausfüllten, nehmen in USA die Schwarzen und andere Minderheiten wahr. Die Institutionen des Staates funktionieren unangefochten, und die Gültigkeit der Verfassung wird nicht bestritten. Die Folge ist, daß das Abgrenzungsbedürfnis der jüdischen Gemeinden im liberalen Amerika des „anything goes“ leichter lebbar ist als in europäischen Ländern mit alter christlicher Geschichte. Das „anything goes“ erleichtert zugleich auch eine allmähliche Assimilierung, die im Gewand der Amerikanisierung, die jeder Einwanderer nach einiger Zeit zu erbringen hat, daherkommt.

Von den amerikanischen Juden gehen starke Wirkungen auf die europäischen Gesellschaften aus. Zu Anfang der neunzi-

ger Jahre verhinderten jüdische Organisationen, daß auf dem Gelände des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz ein katholisches Nonnenkloster angesiedelt wurde. Die Suche nach dem Verbleib von Geldern, die Holocaustopfer auf Schweizer Banken deponiert hatten, wird von USA aus wirkungsvoll vorangetrieben. Das Buch von *Daniel Goldhagen* über „Hitlers willige Vollstrecker“ hat die Diskussion über die deutsche Verantwortung für den Holocaust neu entfacht. Amerikanische Juden haben Schritte unternommen, um Johannes Paul II. die Veröffentlichung einer Enzyklika gegen den Antisemitismus nahelegen, so lange überhaupt noch Überlebende des Holocaust am Leben sind. Die Wiederentdeckung eines vatikanischen Entwurfs von 1938, der damals eine kirchliche Stellungnahme gegen den Antisemitismus vorbereiten sollte, nahm *Robert Rife*, der Präsident des American Jewish Committee, im April 1996 zum Anlaß, dem Papst brieflich die Wichtigkeit einer entsprechenden Enzyklika aus jüdischer Sicht zu erläutern (*The Jewish Week*, 3. May 1996, 16).

Die jüdische Theologie lebt von dem strahlenden Hoffnungssatz „Das Geheimnis der Erlösung ist Erinnerung...“. Die negativen Erfahrungen mit der fortschreitenden Anpassung an die konturenlose amerikanische Normalgesellschaft, wie sie von allen Einwanderergruppen gemacht wurden, könnten für die Juden in Amerika aber auch bedeuten, daß die assimilierende Liberalisierung langfristig den Tod des jüdischen Glaubens in Amerika bedeuten würde. Käme es dann dazu, daß man sich im New Yorker Jerusalem nicht mehr an das erste Jerusalem erinnern würde? Das wäre im Kontext der orthodoxen jüdischen Ängste die schlimmste Variante des traditionszerstörenden „melting pot“.

Wie schrieb Marilyn Mohr? ... always have a satchel packed beneath your bed – wohin müßte die Flucht weitergehen, wenn die Hoffnungen auf „Zion in Amerika“ in sich zusammengefallen sind?

Hermann Vogt

Sehr viele Fragen

Belgiens politische und kirchliche Krise

„Das belgische Labyrinth“ – so der Titel eines Buches des Journalisten Geert van Isten-dael – ist durch die Erschütterungen der letzten Monate noch undurchdringlicher geworden. Auch die Kirche in einem der klassischen „katholischen“ Länder des westlichen Europa steckt in einer Umbruchsituation. Es fehlt ihr aber nicht an Reserven, um den neuen Herausforderungen begegnen zu können.

Am Sonntag, dem 20. Oktober 1996, zog ein „weißer Marsch“ durch Brüssel: Ernst und würdevoll demonstrierten fast 300000 Flamen, Wallonen und Brüsseler mit weißen Luftballons, Fähnchen und Schleifchen gegen Pädophilie, die Politisierung der Justiz, die Korruption in der Politik und

den allgemeinen Werteverlust. Anlaß für diese Aktion war der Fall des wallonischen Pädophilen *Marc Dutroux*, der zusammen mit seinen Handlangern mehrere Kinder geschändet und ermordet hatte. Das ganze Land stand und blieb unter dem Eindruck dieser Verbrechen. Die Medien

stellten Vergleiche mit dem Begräbnis von König *Baudouin* im Sommer 1993 an: Auch jene Trauerfeier, an der zahllose Menschen teilnahmen, warf ein helles Licht auf die Empfindungen der belgischen Bevölkerung, die die Skandale satt hatte und ihrer Verehrung für einen ethisch hochstehenden Monarchen Ausdruck gab, der dazu auch ein tiefgläubiger Katholik war.

Folgen des „weißen Marsches“ blieben nicht aus. Am 6. Dezember 1996 wurde nicht zuletzt dank der sachkundigen Initiative des christdemokratischen Justizministers *Stefaan de Clerck* eine gründliche Reform des in Traditionen aus dem 19. Jahrhundert verrosteten Justizwesens beschlossen. So sollen Richter in Zukunft ihr Amt aufgrund von Kompetenz und nicht von parteipolitischen Überlegungen bekommen. Gleichzeitig soll die Stellung des Opfers im Prozeß gestärkt werden, während bislang Angeklagte zu schnell aufgrund formaler Verfahrensregelungen freigesprochen werden konnten. In der Zwischenzeit hatten Pädophilievorfälle gegen den wallonischen Vize-Ministerpräsidenten *Elio di Rupo* und den wallonischen christdemokratischen Minister *Jean-Pierre Grafé* das Land erneut aufschrecken lassen – Minister Grafé ist inzwischen zurückgetreten. So nahm die Unruhe bei Schulkindern und ihren Eltern weiter zu. Das Justizministerium erhielt in dieser Angelegenheit 130 000 Briefe.

Die meisten wollen Belgien erhalten

Die Sphäre der „Anti-Politik“ in Belgien wurde schon einige Zeit durch ein lange Zeit der „Affären“ bestimmt, die vor allem Minister der in Wallonien dominierenden „Parti Socialiste“ (PS), aber auch der flämischen Sozialistische Partij (SP) betrafen. Es begann in Lüttich, dem „Palermo an der Maas“, mit dem 1991 verübten Mord an dem PS-Vorsitzenden *André Cools*, früher stellvertretender Ministerpräsident und kein unbeschriebenes Blatt. Die Fahndung nach den Mördern führte 1993 zu einer Untersuchung über den Kauf der für die Armee bestimmten italienischen Agusta-Hubschrauber. Die beiden sozialistischen Parteien wurden beschuldigt, für diesen Kauf große Summen Schmiergeld eingestrichen zu haben.

Drei PS-Minister, darunter *Guy Spitaels*, der Chef der wallonischen Regionalregierung, mußten zurücktreten. Ein vierter PS-Minister, *Alain Vanderbiest*, kam in Haft unter dem Vorwurf einer Mitschuld an der Ermordung von Cools. Gerichtlich belangt wurden in dieser Sache auch zwei wichtige flämische Sozialisten, Außenminister *Frank Vandembroucke*, und vor allem *Willy Claes*, Nato-Generalsekretär und lange Zeit Regierungsmitglied. Dennoch sprachen wallonische Zeitungen von einem systematischen Angriff der Flamen auf die Wallonen.

Am 23. Januar kam es zu einer neuen Krise bei den wallonischen Sozialisten. Zwei Mitarbeiter von Guy Spitaels, derzeit Präsident des wallonischen Parlaments, waren anhalten-

den Vorwürfen ausgesetzt, vom französischen Flugzeughersteller Dassault Bestechungsgelder für die Parteikasse erhalten zu haben. Das wallonische Parlament sah sich daraufhin dazu gezwungen, die Immunität seines Präsidenten teilweise aufzuheben. Auch andere frühere PS-Minister gerieten dadurch in neue Schwierigkeiten. Flandern blickt inzwischen immer entsetzter auf die weitere politische Verwahrlosung Walloniens, wo die Sozialisten erst durch Korruption und jetzt durch Lügen an der Macht bleiben wollen.

Zweifellos bekam die ganze Sache einen sprachgruppenbezogenen Anstrich. Belgien hat sich in den letzten Jahrzehnten schrittweise institutionell grundlegend verändert. Aus einem Einheitsstaat wurde ein Staat mit einem komplizierten föderalen System. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Gegenwärtig sieht die Staatsstruktur folgendermaßen aus: Das Land hat ein nationales Parlament und eine nationale Regierung unter der Leitung des flämischen Christdemokraten *Jean-Luc Dehaene*. Diese Regierung ist hauptsächlich zuständig für Außenpolitik, innenpolitische Angelegenheiten von gesamtstaatlicher Bedeutung, Finanzen, Justiz und Verteidigung. Außerdem haben Flandern, Wallonien, Brüssel und das kleine deutschsprachige Gebiet im Osten eigene Parlamente und Regierungen. Dazu kommt noch eine fünfte regionale Struktur mit Regierung und Parlament für die sogenannte französischsprachige Gemeinschaft, die Wallonien und das französischsprachige Brüssel umfaßt. Das Erstaunliche ist, daß dieses auf typisch belgischen Kompromissen erbaute komplizierte System einigermaßen ordentlich funktioniert, aber natürlich auch viele Spannungen hervorbringt. Erziehung, Kultur, Gesundheit, Umwelt usw. fallen überwiegend oder teilweise in die Kompetenz der Regionalregierungen.

Unübersehbar ist das gewaltige *Übergewicht der flämischen Gemeinschaft* mit ihren 5,8 Millionen Einwohnern gegenüber 3,5 Mio. in Wallonien, 1 Million in Brüssel und 65 000 in der deutschsprachigen Region. Auch wirtschaftlich sind die Unterschiede enorm: Flandern ist reich, Wallonien verarmt. Bestimmte Gruppen plädieren für eine Aufspaltung Belgiens. Ein kleiner Kern von Wallonen befürwortet einen Anschluß an Frankreich und wallonische Politiker drohen damit im nationalen Parlament. Nur sehr wenige Flamen wünschen sich einen Zusammenschluß mit den Niederlanden. Sogar eine Untersuchung der Katholischen Universität Leuven kommt zu dem Ergebnis, daß kaum zehn Prozent der Flamen für einen eigenen Staat votieren. Weitaus die meisten Belgier möchten Belgien aufrechterhalten, wohl aber mit größeren Kompetenzen für die einzelnen Sprachregionen. Im übrigen haben viele französischsprachige Belgier eine Wohnung an der flämischen Nordseeküste und viele Niederländischsprachige ein Ferienhaus in den wallonischen Ardennen. Es gibt viele „gemischte“ Familien; Bankwesen und Großindustrie denken vor allem belgisch und europäisch.

Nach der europäischen Werteuntersuchung fühlen sich die Flamen mehr in Flandern als in Belgien zu Hause (das sie

dennoch beibehalten möchten); bei den Wallonen verhält es sich genau umgekehrt (für die Mehrheit ist Belgien wichtiger als die eigene Region). Die Wallonen haben auch deutlich mehr Vertrauen in das nationale Parlament, die Streitkräfte, Polizei und Verwaltung als die Flamen, die traditionsgemäß dem „Staat“ gegenüber mißtrauischer sind. So hält unter der Oberfläche das Streben nach mehr Autonomie für die beiden großen Sprachgemeinschaften denn auch an, was König *Albert II.* regelmäßig zu Ansprachen mit der Ermahnung zu mehr gegenseitiger Toleranz veranlaßt.

Inzwischen eifert der mächtige flämische Ministerpräsident *Luc Van den Brande* für größere flämische Selbständigkeit, u. a. mit dem Argument, zu viele flämische Steuergelder wanderten nach Wallonien und würden dort schlampig verwaltet. Diverse Untersuchungen zu diesem Thema kommen zu gegensätzlichen Ergebnissen, je nachdem ob sie von Flamen oder Wallonen erarbeitet wurden. Sowohl flämische wie wallonische Professoren zimmern an Entwürfen für eigene Verfassungen. Aber die Mehrheit der Bevölkerung hat andere Sorgen, vor allem die Arbeitslosigkeit und die innere Sicherheit.

Ein Dauerproblem ist die rechtsextreme Partei „Vlaams Blok“. Nachdem sie zunächst in Antwerpen einen großen Wahlerfolg erzielt hatte, ist sie nun überall in Flandern vertreten. Sie scheint allerdings in der Wählergunst an ihre obere Grenze gestoßen zu sein und auch von den jüngsten Skandalen nicht profitiert zu haben. Der „Vlaams Blok“ bedient sich mit simplifizierenden Parolen der „antipolitischen“ Stimmung in der Bevölkerung und benützt die Angst vor Arbeitslosigkeit und Ausländern („alle Fremden raus!“). Darüber hinaus tritt er für einen eigenen flämischen Staat ein. Die anderen Parteien lehnen eine Zusammenarbeit mit ihm ab und behandeln ihn als „outcast“.

Die Kirche hütet sich vor politischer Einmischung

In dieser veränderten Situation bemüht sich die Kirche um eine neue Standortbestimmung. Nicht wenige waren darüber bestürzt, daß sich die Kirchenführer in der Pädophilie-Angelegenheit sehr zurückhielten. Diese Zurückhaltung wird im historischen Rückblick verständlich: Im 19. Jahrhundert und bis zum Zweiten Vatikanum mischte sich der belgische Episkopat ständig in die Politik ein. Es gab den lang anhaltenden „Schulkampf“, in dem sich „Antiklerikale“ und „Klerikale“ hart befehdeten, unterstützt durch liberale und sozialistische Parteien einerseits und die katholische Partei andererseits. Der höhere Klerus war gleichzeitig zum großen Teil eng mit der auch in Flandern französischsprachigen Bourgeoisie verbunden; Bischöfe sprachen ihr Veto gegen ausdrücklich flämisch-nationale Parteien aus. Kardinal *Mercier* wollte nichts von einer flämischen Universität wissen. Starke Kräfte, darunter auch der Königshof, betrachteten die Kirche als Garantmacht für einen belgischen Einheitsstaat, auch wenn Staat und Kirche in Belgien weitgehend ge-

trennt sind. Als der Episkopat am 13. Mai 1966 gegen den Willen der Flamen beschloß: die Katholische Universität Löwen solle nicht geteilt werden – was eine Vorherrschaft der Französischsprachigen und den möglichen Anschluß von Stadt und Umgebung an das zweisprachige Brüssel bedeutet hätte – platzte die Bombe: Das flämische „Njet“ war allgemein (vgl. HK, Mai 1985, 226 ff.).

Seither enthielten sich die Bischöfe strikt jeder Einmischung in die Politik. Allerdings bezogen sie regelmäßig Stellung zu Themen wie Abtreibung, Euthanasie, Migranten und Rassismus, Europa, Hilfe für Entwicklungsländer. Zur Zeit des „weißen Marsches“ gab Kardinal *Godfried Danneels*, Erzbischof von Mecheln-Brüssel und Vorsitzender der Belgischen Bischofskonferenz, Interviews für Zeitungen und widmete seine traditionelle Weihnachtsbroschüre dem Thema Ehrfurcht gegenüber den Kindern. Aber von seiten des Episkopats unterblieb jede Reaktion, die als politische Einmischung hätte gedeutet werden können.

Inzwischen hatte sich im übrigen in der Kirche die Krise auf verschiedenen Feldern weiter verschärft. Kirchlich haben sich flämische und wallonische Katholiken schon seit geraumer Zeit auseinanderentwickelt. Ein wichtiger Faktor dabei ist die Sprache: Während früher viele Flamen noch Französisch verstanden, ist inzwischen für sie Englisch zweite Sprache, wohingegen die Wallonen bis auf wenige Ausnahmen kein Niederländisch verstehen. Flämische und wallonische Bischöfe beraten teilweise getrennt. Alle großen katholischen Einrichtungen sind geteilt: Erziehungswesen, Caritas, Kommission *Justitia et Pax*, Erwachsenen- und Jugendverbände. Kirchlich gesehen besteht Belgien aus zwei Ländern. Teilweise hat sich die Kirche diesem Zustand institutionell angepaßt, u. a. durch die Bistumseinteilung von 1962 und 1967 und die 1982 erfolgte Errichtung dreier Vikariate im zweisprachigen Erzbistum Mecheln-Brüssel. Der 1970 errichtete flämische „Interdiocesaan Pastoraal Beraad“ (IPB) forderte bislang vergeblich die Errichtung zweier Kirchenprovinzen in Belgien. Sein wallonisches Gegenstück, der „Conseil Général de l’Apostolat des Laïcs“ (CGAL), seit kurzem „Conseil Interdiocésain des Laïcs“ und damit strukturell dem IPB ähnlicher, macht sich für das gleiche Anliegen stark.

„Das Volk Gottes im Nebel?“

Inzwischen hat sich auch das allgemeine Bewußtsein im früheren „katholischen Belgien“ grundlegend geändert. Die Analysen des belgischen Teils der Europäischen Wertestudie zeigen eine sich beschleunigende Entwicklung hin zu ethischer Individualisierung und zur Säkularisierung. Die Titel dieser mit Unterstützung der König-Baudouin-Stiftung herausgegebenen Untersuchungen sprechen für sich: „De stille ommekeer“ (1984) und „De versnelde ommekeer“ (1992). Der bekannte Löwener Religionssoziologe *Karel Dobbelaere* veröffentlichte 1988 ein Buch mit dem ebenso

sprechenden Titel „Het ‚volk Gods‘ de mist in?“ (= „Gerät das ‚Volk Gottes‘ in den Nebel?“) über die Kirche in Belgien. Die Sonntagspraxis wie auch die sakramentale bzw. rituelle Praxis haben ständig abgenommen, wie Tabelle 1 zeigt (Zahlen für die Jahre nach 1993 sind noch nicht bekannt).

Tabelle 1: Entwicklung der religiösen Praxis, in Prozent

	Belgien		Flandern		Wallonien		Brüssel	
	1989	1993	1989	1993	1989	1993	1989	1993
Sonntagsmesse	18.7	14.9	22.2	17.2	15.3	12.8	8.6	8.1
Taufe	75.7	73.4	83.8	80.7	74.6	73.1	36.4	31.7
Trauung	59.9	57.0	65.7	60.5	58.2	58.3	28.9	29.0
Begräbnis	81.7	80.0	89.2	87.2	76.9	75.1	61.6	58.3

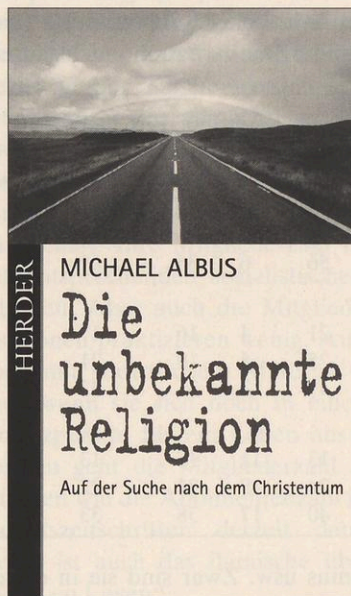
1996 gab die französischsprachige Kirchenzeitung „Dimanche“ eine Untersuchung über Werte und Glaubensüberzeugungen der Belgier in Auftrag („Il est une foi“, herausgegeben von Charles Delhez und R. Rezsöazy). Die folgenden Tabellen aus dieser Veröffentlichung zeigen die Verschiebungen zwischen den verschiedenen Generationen. Der Anteil praktizierender Katholiken liegt in Flandern noch höher als in Wallonien, aber in beiden Sprachregionen bezeichnen sich gerade noch 50 Prozent der Einwohner als „gläubig“. Der Unterschied zwischen den älteren Wallonen, die früher von der Säkularisierung erfaßt wurden, und den älteren Flamen springt ins Auge, ebenso der Unterschied zwischen den beschleunigt säkularisierten jungen Flamen und den jungen Wallonen.

Tabelle 2: Praktizierende, Nichtpraktizierende, Nichtgläubige 1996, in Prozent, nach Altersstufen

	total	18-24	35-49	65+
<i>Praktizierende</i>				
Flandern	24	11	13	59
Wallonien	15	7	12	34
Brüssel	21	12	21	41
<i>Nichtpraktizierende</i>				
Flandern	29	15	29	24
Wallonien	41	40	40	37
Brüssel	30	31	39	25
<i>Nichtgläubige mit religiöser Tradition</i>				
Flandern	17	17	25	3
Wallonien	6	10	6	3
Brüssel	10	23	9	16
<i>Nichtgläubige ohne religiöse Tradition</i>				
Flandern	25	45	30	12
Wallonien	29	30	33	21
Brüssel	28	31	9	13

Auch bei den Glaubensinhalten vollziehen sich deutliche Verschiebungen, sogar bei den praktizierenden Gläubigen (1) in den Tabellen 3 und 4), während sich nicht praktizierende Gläubige (2) und Nichtgläubige (3) einander stärker annähern.

Farbe bekennen



NEU: 192 Seiten, Paperback,
DM 26,80 /öS 196,- /SFr 25,-
ISBN 3-451-26197-9

Eine behutsame Annäherung an den christlichen Glauben aus äußerer und innerer Sicht für all jene, denen das Christentum eine „unbekannte Religion“ (geworden) ist.



Nachdrücklich setzt sich Franco Rest für eine Spiritualität des Sterbens und eine humane Ethik der Sterbebegleitung ein. Eine wichtige Streitschrift zur weltweit geführten Diskussion.



NEU: 256 Seiten, Paperback,
DM 26,80 /öS 196,- /SFr 25,-
ISBN 3-451-26180-4

In jeder Buchhandlung!

HERDER

Die Französischsprachigen (und auch die Mehrheit der Brüsseler belgischer Nationalität ist französischsprachig) glauben mehr als die Niederländischsprachigen an „parallele“ Glaubensweisen wie Astrologie, Reinkarnation (viele können „Auferstehung“ und „Reinkarnation“ nicht ausein-

Tabelle 3: Zustimmung zu Glaubensinhalten, 1996, in Prozent

	total	1	2	3	18-24	35-49	65+
<i>Himmel</i>							
Flandern	33	74	29	5	20	21	63
Wallonien	33	78	42	5	31	27	53
Brüssel	45	87	56	6	35	61	72
<i>Auferstehung</i>							
Flandern	27	63	21	4	16	17	58
Wallonien	22	54	25	5	19	21	35
Brüssel	37	74	47	3	31	33	63
<i>Reinkarnation</i>							
Flandern	13	15	13	11	15	13	7
Wallonien	19	29	24	9	31	22	18
Brüssel	35	57	40	17	38	33	53

anderhalten) und Spiritismus usw. Zwar sind sie in diesem Sinn „gläubiger“ als die Niederländischsprachigen, aber ihr „Glaube“ ist gleichzeitig diffuser.

Auch auf *ethischem Gebiet* ist eine schnelle Entwicklung im Gang. Sogar praktizierende Katholiken stehen in großer Distanz zur offiziellen Lehre der Kirche.

Auf diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, daß die Haltung gegenüber der Kirche wie der Religion im allgemei-

Tabelle 4: Einschätzung ethischer Probleme. Als „persönliche Angelegenheit“, keinen „Fehler“ oder „schweren Fehler“ bezeichnen 1996 in Prozent

	1	2	3	18-24	35-40	65+
<i>Nichteheliche Lebensgemeinschaft</i>						
Flandern	67	97	99	98	98	69
Wallonien	82	90	98	97	98	75
<i>Außereheliche Beziehungen</i>						
Flandern	16	43	57	45	52	24
Wallonien	21	37	54	42	51	23
<i>Ehescheidung</i>						
Flandern	43	79	86	80	84	46
Wallonien	63	72	81	81	78	56
<i>Abtreibung</i>						
Flandern	27	73	88	86	79	35
Wallonien	41	66	84	79	77	52
<i>Euthanasie</i>						
Flandern	35	67	74	67	71	36
Wallonien	46	63	65	67	66	51
<i>Homosexualität (aktiv)</i>						
Flandern	46	86	88	83	88	48
Wallonien	56	62	78	82	73	41

nen sehr kritisch geworden ist, selbst in der kleinen Gruppe der praktizierenden Gläubigen. Der Aussage, die Kirche befinde sich in einer Krise, stimmten 1996 in Flandern 79 und in Wallonien 83 Prozent der Praktizierenden zu; bei der Aussage „Die Kirche liegt im Sterben“ waren es 21 Prozent der Praktizierenden in Flandern und 54 Prozent in Wallonien. Bei den Befragten in der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren insgesamt bejahten 80 (Flandern) und 64 Prozent (Wallonien) die Aussage, die Kirche liege im Sterben, für nur 29 (Flandern) bzw. 27 Prozent (Wallonien) dieser Altersgruppe erneuert sich die Kirche.

Thema Religion: In Flandern stimmen 44 und in Wallonien 38 Prozent der Praktizierenden der Aussage zu „Alle Religionen sind gleichwertig“; bei den 18-24jährigen Befragten findet diese Aussage bei 60 (Flandern) bzw. 40 Prozent (Wallonien) Zustimmung. 76 bzw. 71 Prozent der Praktizierenden in Flandern und Wallonien bejahen die Aussage „Alle Religionen tragen etwas Positives für die Menschheit bei“.

Eine gewisse Mutlosigkeit ist weit verbreitet

Die Berufungen zum Priestertum und zum Ordensleben sind massiv zurückgegangen (vgl. *Jan Kerkhofs, Paul-Michael Zulehner*, Europa ohne Priester, Düsseldorf 1995). Ordensschwestern und -brüder sind aus den Krankenhäusern weitgehend verschwunden. Die Überalterung im Welt- und Ordensklerus ist allgemein. Sowohl in Flandern wie in Wallonien steigt der Anteil der Priester, die zwei oder mehr Pfarreien leiten müssen. Die Bischöfe von Antwerpen und Hasselt schrieben Hirtenbriefe, um die Gläubigen auf die Verminderung der Zahl der Eucharistiefiern, die Übernahme mehrerer Pfarreien durch einen Priester und die stärkere Heranziehung verantwortlicher Laien vorzubereiten. In mehreren Diözesen beginnen pro Jahr nur ein oder zwei Seminaristen ihre Ausbildung. Die großen Orden wie Franziskaner, Dominikaner, Jesuiten und Salesianer haben praktisch keinen Nachwuchs mehr.

Natürlich erwächst aus dieser Situation Kritik an der Absage an die Weihe von verheirateten Männern und von Frauen (vgl. HK, Juni 1993, 280 ff.). Die Aussage von „Ordinatio Sacerdotalis“, die Diskussion über die Priesterweihe von Frauen sei definitiv beendet, wurde weder vom IPB noch von den Wortführern der katholischen Verbände akzeptiert. Bischof *Arthur Luysterman* von Gent plädierte für die Möglichkeit, Frauen den Diakonat zu öffnen, seine Amtskollegen hielten sich aber bedeckt.

Inzwischen werden in den belgischen Bistümern Tausende von Laien für eine Tätigkeit in der Pastoral ausgebildet. An der Katholischen Universität Leuven werden zahlreiche Laientheologen ausgebildet, die bislang vor allem als Religionslehrer angestellt werden. Die Unsicherheit bezüglich der künftigen Gestalt des Amtes ist ein Handicap sowohl für die wenigen Priesteramtskandidaten wie für diejenigen, die sie

ausbilden. Wohl engagieren sich einige kleine Gruppen, ohne Anerkennung durch die Bischöfe, für die Ausbildung – ebenfalls nur weniger – Kandidaten gemäß dem traditionellen Priesterbild.

Es ist nur zu gut zu verstehen, daß Priester und Gläubige in Belgien Fragen nach der zukünftigen Gestalt der Pfarregemeinden stellen. Entwickeln sich diese zu Basisgemeinschaften, und werden aus den Basisgemeinschaften Personalpfarreien? Das allgemeine kirchliche Klima hat sich gegenüber einer kurzen Zeit nach dem Zweiten Vatikanum gründlich verändert. Eine gewisse Mutlosigkeit ist weit verbreitet. Zwar versucht der Episkopat, vor allem in Flandern, zu reagieren. Wie schon einmal 1993 in Antwerpen finden jetzt im Frühjahr 1997 in Ieper (Westflandern) „Flämische Kirchentage“ statt. Die Bischöfe sind auch sehr darum bemüht, von diesem Jahr an systematisch das Heilige Jahr 2000 vorzubereiten. Aber das breite katholische Publikum bleibt größtenteils auf Distanz.

Nach dem österreichischen und deutschen Vorbild versuchte man auch in Belgien, ein „Kirchenvolksbegehren“ zu organisieren. Da die Initianten in Flandern überwiegend zum rebellischen linken Flügel der Kirche gehörten und nicht genügend Kontakt zum kirchenoffiziell anerkannten IPB hatten, wurde das Referendum kein Erfolg. In Wallonien beteiligten sich vergleichsweise mehr Gläubige, aber auch dort war der Einfluß des Referendums sehr gering. In beiden Teilen Belgiens ist das Klima zu stark von Apathie gegenüber kirchlichen Strukturveränderungen geprägt.

Zwischen Flandern und Wallonien gelegen, aber von flämischen Umlandgemeinden umgeben, ist die *Brüsseler Agglomeration* ein ganz besonderes Stück Belgien. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist dort nichtbelgischer Herkunft; in und um Brüssel herum leben ungefähr 100 000 Englischsprachige und noch mehr Muslime. In einigen Brüsseler Gemeinden ist die Hälfte der Bevölkerung muslimisch, in manchen Schulen sind es bis zu 90 Prozent. Weil bei der belgischen Bevölkerung Brüssel das Französische deutlich überwiegt (mehr als 80 Prozent sind frankophon), ziehen viele Flamen aus Brüssel weg. Ohne Brüssel wäre Belgien aber, wie die frühere Tschechoslowakei, vermutlich längst in zwei Staaten aufgeteilt. Jede fremde Sprachgruppe hat in Brüssel eine Art eigene „Pfarrei“.

Sowohl die katholische Kirche wie auch die protestantischen und orthodoxen Kirchen unterhalten in Brüssel Kontaktinstitutionen zur Europäischen Union. Die drei Stellen arbeiten in großem Umfang ökumenisch zusammen. Obwohl in Belgien kaum ein Prozent der Bevölkerung protestantisch ist, wozu noch einige zehntausend Orthodoxe, meist Griechen, kommen, ist man ökumenisch sehr aktiv. Im Februar erhielt der Ökumenische Patriarch *Bartholomaios I.* den Ehrendoktor der Katholischen Universität Leuven. Ende August 1996 wurde in Mecheln in Anwesenheit des Erzbischofs von Canterbury und der Kardinäle *Cassidy* und *Danneels* das 75jährige Jubiläum der „Mechelner Gespräche“ zwischen Katholiken und Anglikanern gefeiert. Sie

wurden seinerzeit von Kardinal Mercier, Lord *Halifax* und *Abbé Fernand Portal* ins Leben gerufen.

Alles zusammengenommen kann man zu dem Schluß kommen, die Situation der Kirche in Belgien sei aussichtslos. Dem ist aber nicht so: Immer mehr Gruppen und aktive Kerne in der Kirche werden sich der Tatsache bewußt, daß die Zeit der allmächtigen „Christenheit“ vorüber ist. Zweifellos dominieren die großen christlichen sozialen Organisationen (Gewerkschaften, Mittelstands- und Bauernvereinigungen) weiterhin die soziale und wirtschaftliche Landschaft. Ihre Mitgliederzahl liegt bei weitem über der der entsprechenden sozialistischen oder liberalen Organisationen. Aber auch die Mitglieder der christlichen Organisationen praktizieren wenig. Auch ihr Glaube ist von der oben mit statistischem Material belegten Krise betroffen, auch wenn sie sich noch in einem Umfeld bewegen, das Ansatzpunkte für ein Leben aus dem Glauben bietet. Im übrigen geht die Mitgliederzahl der katholischen Organisationen wie die Abonnementzahl katholischer Wochen- und Monatszeitschriften derzeit deutlich zurück. Betroffen davon ist auch das flämische überdiözesane Wochenblatt „*Kerk en Leven*“.

Minderheit in einem früher „christlichen“ Land

Ogleich die erwähnten aktiven Kerne wissen, daß sie die schwere Aufgabe haben, als – ansehnliche – Minderheit in einem ehemals „christlichen Land“ neue Wege einzuschlagen, ergreifen sie immer wieder neue Initiativen. Sie haben dabei an der Entwicklung in den Niederlanden bzw. in Frankreich teil, den beiden Ländern, zu denen kirchlich – je nach Sprachregion – noch die intensivsten Beziehungen bestehen. In diesen Kernen wird ein erneuerter Umgang mit der Heiligen Schrift praktiziert, wächst eine wirkliche „Inkulturation“ der Liturgie, werden häufig ökumenische Kontakte gepflegt, auch in Richtung Islam. Sie sind die Basis für die in Flandern starke Friedensbewegung *Pax Christi*, die Fastenaktionen „*Broederlijk Delen*“ und „*Entraide et Fraternité*“ und die Adventsaktionen „*Welzijnszorg*“ und „*Vivre Ensemble*“. Ihre Mitglieder bilden meist das Reservoir für die in den meisten Pfarreien bestehenden „*Pastoralteams*“.

Es bleibt die größte Herausforderung, eine Gestalt von Kirche auszubilden, die auch die zahlreichen jungen Menschen auf der Suche anspricht. Vor allem sie sind geschockt durch die belgische „*Skandalitis*“ und wünschen sich eine Aufwertung echter Werte, ohne dabei in Fundamentalismus oder sektenhafte Strömungen abzugleiten. Der Übergang ins dritte Jahrtausend stellt so der geschwächten Kirche in Belgien sehr viele Fragen. Aber sie verfügt bislang noch über genügend Reserven, um sich kreativ auf neue Herausforderungen einstellen zu können. Vielleicht braucht sie dazu aber auch entsprechende Anstöße durch gesamtkirchliche Entwicklungen.

Jan Kerkhofs